

1 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Landesverband Brandenburg

2
3 Antrag für den LSR am 21. Mai 2005

4 Antragsteller: LAG Wirtschaft und Arbeit

5
6
7 ***Förderpolitik in Brandenburg nachhaltig und gerecht gestalten***

8
9
10
11 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN kritisieren seit Jahren die Förderpolitik der Gießkanne und der
12 scheiternden Großprojekte in Brandenburg. Aktuell setzt die Landesregierung alle Hoffnung
13 für wirtschaftliche Entwicklung auf das nächste geplante Großprojekt in Schönefeld, den
14 Flughafen Berlin-Brandenburg-International. Nach dem bekannten Muster: zu groß und zu
15 teuer, falsch geplant und an der Umwelt sowie am Bedarf vorbei, zeigt die rot-schwarze
16 Koalition einmal mehr Beratungsresistenz, auch angesichts mahnender Gerichtsurteile.

17
18 Wesentliche Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs verpasst die
19 Landesregierung. Statt offensiv für die Fusion mit dem Land Berlin zu werben, um die
20 Attraktivität des Wirtschaftsraums Berlin-Brandenburg zu nutzen, wird der Zeitpunkt weiter
21 hinausgeschoben. Eine zügige Länderfusion ist die Grundlage dafür, dass die
22 Metropolenregion zum Träger einer eigenständigen, zukunftsfähigen wirtschaftlichen
23 Entwicklung in Brandenburg und Berlin werden kann. Jede Verzögerung geht zu Lasten der
24 Entstehung von Arbeitsplätzen.

25
26
27
28 **1. Knappe Kassen erfordern klare Prioritäten**

29
30 Brandenburg lebt zu einem großen Teil von Transfers und auf Pump. Die im
31 Koalitionsvertrag anvisierte Konsolidierung des Haushalts war bereits bei der Einbringung in
32 den Landtag Makulatur. Auch im Haushaltsverfahren konnte sich die rot-schwarze Koalition
33 nicht auf Maßnahmen verständigen, um wenigstens die Neuverschuldung im versprochenen
34 Maße zurückzuführen. Immer mehr Haushaltsmittel fließen in Zinszahlungen. In der Folge
35 fließen immer mehr Transfermittel aus dem Solidarpakt in die Haushaltslöcher statt in
36 Investitionen. Brandenburg investierte im Jahr 2002 nur 17 Prozent der für Investitionen
37 bestimmten Solidarpaktmittel.

38
39 In der Zukunft wird sich das Problem verschärfen: Bis zum Jahr 2020 werden die Einnahmen
40 im Landshaushalt um 24% sinken. Verantwortlich hierfür sind vor allem die sinkende
41 Bevölkerungszahl, der planmäßige Rückgang der Transfermittel aus dem Solidarpakt und der
42 Rückgang der EU-Mittel. Die Ausgaben müssen deshalb umso mehr daraufhin überprüft
43 werden, ob sie zukunftsorientiert sind. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen ihre Priorität klar
44 auf die Ausgaben für Forschung und Bildung. Unabhängig von der sozialen Herkunft und
45 unabhängig vom Wohnort wollen wir Zugangsgerechtigkeit für alle Kinder schaffen: Zugang
46 zu Bildung und in der Folge Zugang zum Arbeitsmarkt, auch für die Kinder aus Berlin fernen
47 Regionen. Diese Zukunftsausgaben können auch den in einigen Jahren zu erwartenden

48 Fachkräftemangel mildern. Ausgaben für Wissenschaft und Forschung sowie für Netzwerke
49 zwischen Wissenschaft und Unternehmen fördern zukunftsfähige Innovationen, auch sie
50 haben daher Priorität. Die Wirtschaftsförderung muss klare Prioritäten bei den
51 Zukunftsausgaben setzen. Straßenbau allein schafft lediglich vorübergehend einige
52 Arbeitsplätze. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen in Köpfe statt in Beton investieren.

53
54

55 **2. Demografische Entwicklung fordert Konsequenzen**

56

57 Die Bevölkerungszahl sinkt in Brandenburg bis 2020 auf 2,4 Millionen EinwohnerInnen,
58 danach deutlich schneller auf 1,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2050. Laut
59 Prognosen gibt es dabei zwei Trends in Brandenburg: Während die peripheren Regionen bis
60 2020 etwa 14 Prozent verlieren, gewinnt die Region um Berlin im selben Zeitraum etwa 5
61 Prozent an EinwohnerInnen. Lediglich in den Kreisen Potsdam, Havelland und Potsdam-
62 Mittelmark wird der Bevölkerungsverlust durch Zuwanderung aus anderen Regionen
63 ausgeglichen werden. Insgesamt verliert Brandenburg in den nächsten 15 Jahren etwa 6
64 Prozent seiner Bevölkerung. Die Förderpolitik muss der demografischen Entwicklung
65 Rechnung tragen.

66

67 Durch niedrige Geburtenzahlen und Abwanderung von jungen Menschen sinkt der Anteil der
68 jungen Menschen stark. Vor allem gut ausgebildete junge Frauen verlassen Brandenburg. Das
69 verschärft das demografische Problem. Von der alternden Gesellschaft sind junge und alte
70 Menschen in unterschiedlicher Weise betroffen. Generationengerechtigkeit heißt, dass die
71 berechtigten Interessen von jungen und alten Menschen berücksichtigt und ausgeglichen
72 werden müssen. Jeder Euro, der nicht in zukunftsorientierte Ausgaben fließt, geht in dieser
73 Situation zu Lasten der jungen Generation.

74

75 Nach einer Studie des Berlin-Institut für Bevölkerung haben die an Berlin grenzenden Kreise
76 Brandenburgs bis 2020 im deutschlandweiten Vergleich sehr gute Entwicklungschancen.
77 Diese können sich auch positiv auf die Randregionen auswirken. Insofern weist der neue
78 Förderansatz der Landesregierung in die richtige Richtung. Langfristig wird die
79 Metropolenregion die Entwicklung im Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg tragen.
80 Erfolgreich kann sie dies erst tun, wenn die Länderfusion verwirklicht ist. Derzeit
81 konkurrieren Brandenburg und Berlin um die Ansiedlung von Unternehmen und
82 verschwenden unnötig Fördergelder.

83

84 Die Landesregierung muss auch sagen, wie die Auswirkungen des demografischen Wandels
85 in den Randregionen gestaltet werden sollen. Die Menschen, die in den ländlichen Regionen
86 leben und auch dort bleiben wollen, haben ein Recht darauf zu erfahren, wie die Entwicklung
87 bis 2020 verlaufen soll. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN setzen hierbei auf eine integrierte
88 Strategie, die die landwirtschaftliche Produktion mit der Erschließung neuer Einnahmequellen
89 verbindet. Dazu gehören die Weiterverarbeitung und Veredelung hochwertiger
90 landwirtschaftlicher Erzeugnisse, der Anbau nachwachsender Rohstoffe für die stoffliche oder
91 energetische Verwendung, die Produktion erneuerbarer Energien wie auch der Erhalt und die
92 Gestaltung der Kulturlandschaft für den Ausbau naturnaher touristischer Angebote. Das neue
93 Konzept der Landesregierung sieht für die ländliche Entwicklung lediglich die
94 Grundförderung vor. Das starr an Branchen orientierte neue Förderkonzept verpasst die
95 Chancen für die Entstehung zukunftsfähiger Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Die Höhe der
96 Förderung im ländlichen Raum und auch der zukünftige kommunale Finanzausgleich werden

97 nicht beziffert. Finanzminister Speer will erst Ende 2006 konkrete Zahlen präsentieren. Damit
98 schafft die Landesregierung weitere Verunsicherung.

99

100

101

102 **3. Das Förderkonzept muss grüner werden**

103

104 Viel zu lange hat die Landesregierung am alten Konzept der dezentralen Konzentration
105 festgehalten. Dies hat vor allem gezeigt, dass sich mit Fördermitteln die wirtschaftliche
106 Entwicklung nicht beliebig steuern lässt. Neben den Fördermitteln sind andere ökonomische
107 Standortfaktoren aber auch zunehmend so genannte weiche Faktoren wie etwa die
108 Möglichkeiten zur Vereinbarung von Familie und Beruf sowie schulische und kulturelle
109 Angebote entscheidend für Unternehmensansiedlungen. Insgesamt muss die Infrastruktur
110 gezielter gefördert werden. Überdimensionierter Straßenbau zum Beispiel schafft keine
111 dauerhaften zukunftsfähigen Arbeitsplätze. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich dafür
112 aus, die Mittel aus dem Solidarpakt nicht für unsinnige Infrastrukturmaßnahmen, sondern für
113 Bildung, Wissenschaft, Forschung und ökologische Modernisierung zu verwenden.

114

115 Die immer knapper werdenden Fördermittel müssen auf zukunftsfähige Branchen
116 ausgerichtet werden. Nach dem neuen Förderkonzept können alle Unternehmen eine
117 Basisförderung erhalten. Als besonders förderungswürdig gelten Unternehmen aus 16 von der
118 Landesregierung festgelegten Branchen (Branchenkompetenzfelder). Sie erhalten zusätzlich
119 eine so genannte Potentialförderung in Form von Branchenprogrammen. Bestehende kleine
120 und mittlere Unternehmen können jedoch unabhängig von Branche und Ort die
121 Potentialförderung erhalten. Hier wird durch die Hintertür das Gießkannenprinzip wieder
122 eingeführt. Für Unternehmensgründungen ist jedoch Voraussetzung für die höhere Förderung,
123 dass sie zu den Branchenkompetenzfeldern gehören und sich in einem Schwerpunkort oder
124 Wachstumskern ansiedeln. Diese Strategie bremst das kreative und notwendige Potential in
125 Brandenburg aus. ExistenzgründerInnen mit einer aussichtsreichen Geschäftsidee außerhalb
126 der benannten Branchen und Orte werden auf die Basisförderung verwiesen. Dazu gehören
127 zum Beispiel alle Neugründungen im Bereich der Dienstleistungen, wo zukunftsfähige
128 Arbeitsplätze entstehen können – etwa in den Bereichen Pflege, Wohnen im Alter,
129 medizinische Versorgung. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen mit der Förderung von
130 innovativen Existenzgründungen vor allem die Perspektiven für gut ausgebildete Frauen in
131 Brandenburg verbessern. Bezeichnend für das neue Konzept der Landesregierung ist auch,
132 dass Branchen wie die Ernährungswirtschaft und der Tourismus, die zu den
133 Kompetenzfeldern gezählt werden, nicht in das Fördersystem eingeordnet werden können.
134 Die zunächst als Kompetenzfeld vorgesehene Umweltwirtschaft wurde deshalb
135 herausgenommen. Mit seinem starren Rahmen lässt sich das neue Konzept eher auf klassische
136 Industriebranchen anwenden. Damit werden Chancen wie etwa in der Umwelttechnologie
137 oder der regionalen Vermarktung von Agrarprodukten ausgeklammert. Mit dem
138 Branchenkonzept besteht auch die Gefahr, den Status Quo in die Zukunft fortzuschreiben
139 ohne Wege für weitere innovative und zukunftsfähige ökonomische Aktivitätsfelder zu
140 entwickeln.

141

142 Räumlich wird die Förderung auf Branchen-Schwerpunkorte und Wachstumskerne bzw.
143 Cluster fokussiert. Während in den Schwerpunkorten die klassischen harten Standortfaktoren
144 entwickelt werden, sollen in den Wachstumskernen auch die weichen Standortfaktoren
145 gefördert werden. Die räumliche und branchenmäßige Schwerpunktsetzung bei der

146 Wirtschaftsförderung muss mit den Planungen in anderen Bereichen wie Arbeit und
147 Qualifizierung, Bildung, Hochschule, Forschung und Kultur abgestimmt werden. Eine
148 konsequente Feinabstimmung ist besonders mit den Konzepten der Stadtentwicklung –
149 Stadtumbau und Stadtrückbau – nötig. Vor allem Wirtschaftsministerium und
150 Infrastrukturministerium müssen ihre Planungen aufeinander abstimmen, um eine effiziente
151 Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel zu gewährleisten.

152
153 Aber auch vor Ort muss sich die Einsicht durchsetzen, dass eine erfolgreiche Entwicklung nur
154 gemeinsam und nicht gegeneinander erreicht werden kann. Dies bedeutet den Abschied von
155 der Kirchturmpolitik der vergangenen Jahre, die zu erheblichen Fehlallokationen, zum
156 Beispiel bei der Erschließung und Vorhaltung von Gewerbe- und Industriegebieten, aber auch
157 in der Wirtschaftsförderung geführt hat. Wirtschaftsförderung ist nicht alleine eine Aufgabe
158 des Landes. Die wirtschaftsfördernden Aktivitäten der Kommunen und Regionen haben an
159 Bedeutung gewonnen. Diese setzen im Rahmen ihrer Wirtschaftsförderung eigene
160 Schwerpunkte, erarbeiten eigene Entwicklungskonzepte und spielen eine aktive Rolle bei der
161 Identifizierung ihrer Stärken und Schwächen. Diese dezentralen Gestaltungsspielräume
162 wollen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ausbauen, denn auf der lokalen und regionalen Ebene
163 können Kräfte gebündelt und den Potentialen und Problemlagen entsprechende Lösungen
164 entwickelt werden.

165
166 Der Zeitplan für die Landesplanung musste von der Landesregierung auf Grund
167 handwerklicher Planungsfehler um ein Jahr nach hinten geschoben werden. Ohne die
168 Rahmenbedingungen der Landesplanung für die räumliche Entwicklung und die
169 Daseinsvorsorge steht auch der geplante Beginn der neuen Wirtschaftsförderung in Frage.
170 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind gegenwärtig dabei, die vorliegenden wissenschaftlichen
171 und von der Landesregierung vorgetragenen politischen Konzepte zur Regionalentwicklung
172 mit dem Ziel zu sichten, in nächster Zukunft fachlich gesicherte Vorschläge in die öffentliche
173 Debatte einzubringen.

174
175 Brandenburgs Chancen liegen vor allem in der Verbindung von Ökonomie und Ökologie. Wir
176 können mit grünen Projekten schwarze Zahlen schreiben. Allerdings passt dieser vielfältige
177 Bereich nicht in ein starres Förderkonzept. Naturnaher Tourismus, ökologische
178 Landwirtschaft und die Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln bieten große
179 Chancen für die Entwicklung des ländlichen Raums. Zukunftsfähige Arbeitsplätze werden
180 aber vor allem dort entstehen, wo innovative Umwelttechnologien, Ressourcen schonende
181 Produktionsverfahren und neue Wege der Vermarktung erdacht, entwickelt, produziert und
182 angewandt werden.. Dabei ist aber entscheidend, ob die Automobilbranche an sich oder ob
183 zum Beispiel konkret die Einführung von Dieselpartikelfiltern gefördert wird.

184
185 Brandenburg braucht eine Förderpolitik, die dazu führt, dass aus Brandenburger Ideen auch
186 Brandenburger Produkte werden. Ein entscheidender und Kosten sparender Weg dazu ist der
187 Abbau von unnötiger Bürokratie. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN setzen ihren Schwerpunkt
188 auf die Anschubfinanzierung von innovativen, zukunftsfähigen Vorhaben insbesondere von
189 kleinen und mittleren Unternehmen.

190
191
192 Beschluss der LAG Wirtschaft und Arbeit vom 28.04.05

193 UnterstützerInnen: Katrin Schröder, Astrid Evert, Michael Martens, Hans-Joachim Raven,
194 Uwe Fröhlich, Richard Cluse